

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 054-2015
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.153

Eingereicht am: 06.02.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Studer (Niederscherli, SVP) (Sprecher/in)
Mühlheim (Bern, glp)
Zumstein (Bützberg, FDP)

Weitere Unterschriften: 1

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 19.03.2015

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



GSoK nutzen - Sozialdirektorenkonferenz optimal vorbereiten

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. die GEF zu ermächtigen, ihre Haltung und Meinung zum Resultat der jetzigen Vernehmlassung der SKOS-Richtlinien in der GSoK zu diskutieren
2. eine allenfalls divergente Haltung zwischen Regierungsrat und GSoK im Sinne der Transparenz in der SODK zu kommunizieren
3. ein Konzept vorzulegen, wie die GSoK zukünftig zur Vorbereitung der Diskussionen in der Sozialdirektorenkonferenz im Sinne des Festlegens eines Verhandlungsrahmens einbezogen werden kann

Begründung:

Die Sozialdirektorenkonferenz (SODK) koordiniert gemäss Aussagen auf ihrer Homepage die Zusammenarbeit der Kantone im Bereich der Sozialpolitik und vertritt die sozialpolitischen Anliegen der Kantone bei Bundesrat, Bundesverwaltung, Parlament und in der Öffentlichkeit. Das Gremium als solches ist aber politisch ungenügend abgestützt, was immer wieder Anlass zu Diskussionen über die dort gefassten Beschlüsse gibt. Die neu geschaffenen ständigen Kommissio-

nen können nun genützt werden, um die Legitimation zu verbessern und deutlich zu machen, dass der Grosse Rat des Kantons Bern die vom zuständigen Regierungsrat im Vorstand und in der Plenarversammlung vertretene Haltung stützt. Dazu bedarf es eines Konzepts, gemäss dem der Regierungsrat die in den jeweiligen Sitzungen diskutierten Themen der GSoK vorlegt und mit der Kommission und dem Regierungsrat den Verhandlungsrahmen festlegt.

Begründung der Dringlichkeit: Die sozialpolitische Diskussion rund um die SKOS-Richtlinien ist akut und macht es nötig, dass die Entscheide, die vom Kanton Bern in übergeordneten Gefässen vertreten werden, im Kanton rasch breit abgestützt werden können.